



Schüssel muss weg!

Das Vertrauen in die Regierung ist auf dem Nullpunkt: Ein Finanzminister der nicht in der Lage ist, eine korrekte Steuererklärung zu erstellen, eine Bildungsministerin, die Kindern ihre LehrerInnen wegnimmt, sowie ein Kanzler, dessen Charakter seinen Beliebtheitswerten entspricht. Neuestes Ergebnis: Nur ein Prozent der Befragten hält Schüssel für einen Ehrenmann. Bei keinem Meinungsforscher verfügt Schwarz-Blau inzwischen über eine Mehrheit. Der einzige Grund warum Schüssel und Gorbach noch im Amt sind, ist das Versagen der Opposition und die Feigheit der ÖGB-Spitze endlich eine entscheidende Machtprobe zu riskieren.

**VON JOHN EVERS,
SLP WIEN-NORD**

Diese Regierung macht arbeitslos und arm: Über 300.000 Menschen werden zu Silvester offiziell ohne Arbeit dastehen. Den rund einer Million Menschen, die an der Armutsgrenze leben, schleudern Schüssel und Co. ein "Gürtel enger schnallen" ins Gesicht. Die ÖBB-"Reform" zieht nicht nur den Bahnbediensteten den Boden unter den Füßen weg. Auch die Mobilität von Millionen BahnkundInnen wird durch z.B. drohende Preiserhöhungen - laut Arbeiterkammer bis zu 30 Prozent - massiv eingeschränkt. Über das Kaspertheater beim Transit braucht man sich letztlich auch nicht wundern. Nicht erst jetzt, sondern seit Jahren steigt der Güterverkehr auf der Straße und die Lärmbelastung der Bevölkerung - während die Regierung die Frächterlobby bedient.

**WIR WOLLEN
KEINE MILDEN GABEN**

Vor Weihnachten rufen jedes Jahr Aktionen, wie "Rettet das Kind", zu mildtätigen Gaben auf. Bei der

"Licht ins Dunkel-Gala" drängen sich Promis aus Wirtschaft und Politik, um mit schönen Bildern im Fernsehen vorzukommen. Wo das Geld tatsächlich hinfließt, verrät indes die Homepage der Bundeswirtschaftskammer: "Die Wirtschaftskammer hat in den vergangenen Monaten substantielle Erfolge erzielt. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2003 wird Österreichs Wirtschaft um insgesamt rund 550 Mio. entlastet." Die SLP fordert nicht nur die Rücknahme aller dieser Steuergeschenke, sondern auch aller Sozialkürzungen und Privatisierungen der letzten Jahre. Alleine durch diesen Schritt könnten Arbeitslosigkeit und Armut sehr effizient bekämpft werden.

**SPÖ UND GRÜNE
SIND TOTALVERSAGER**

Während der Streiks der Bahnbediensteten gingen die Grünen auf Tauchstation. Die SPÖ war in der Folge redlich bemüht einen "Kompromiss" mit der Regierung auszuhandeln. Doch dieser "Kompromiss" sah erst recht die Zerschlagung der ÖBB vor. Alle vier Parlamentsparteien legten

Pensionskonzepte vor, die Pensionskürzungen für große Gruppen von ArbeitnehmerInnen bedeuten, bzw. das staatliche Pensionssystem weiter aufweichen und zerschlagen. Bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nehmen weder SPÖ, noch Grüne das Wort "Arbeitszeitverkürzung" in den Mund. Gleiches gilt für ihren "Widerstand" gegen die Privatisierungen: Beklagt wird in der Regel höchstens der zu geringe Verkaufspreis oder die Staatsbürgerschaft des künftigen Eigentümers. Fast noch schlimmer ist es, dass selbst die ÖGB-Spitze nicht vor einer solchen Form der "Opposition" zurückschreckt. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer wurde im November ein Papier präsentiert, dass Arbeitslose bestraft. Zum Beispiel wird künftig die Zeit des Berufschutzes für Menschen auf Jobsuche drastisch verkürzt werden - auf Vorschlag der Gewerkschaftsspitze! Den Gipfelpunkt des Versagens der Opposition bildete aber der die Reaktion auf den Transitscheid aus Brüssel. Alle Parteien verkündeten einen nationalen Schulterschluss ge-

gen die EU - anstatt die österreichische, wie die internationale Frächterlobby und ihre Regierungen grenzüberschreitend zu bekämpfen.

**GEWERKSCHAFTEN MÜSSEN
GEGENMACHT BILDEN**

Laut Umfragen verurteilen über 60 Prozent der ÖsterreicherInnen die Privatisierungen, ebenso viele hielten die Kampfmaßnahmen der EisenbahnerInnen für gerechtfertigt. Das Jahr 2003 hat eine jahrzehntelange Krise der Gewerkschaften durchbrochen - die Kampfmaßnahmen haben dem ÖGB genutzt und nicht geschadet! Trotzdem setzt die Spitze des Gewerkschaftsbundes weiter auf die Sozialpartnerschaft. Und das obwohl sie die Spitzen der Industriellenvereinigung schon längst für tot erklärt haben. Konkret bedeutete im Jahr 2003 jeder Versuch sozialpartnerschaftliche Muster umzusetzen, Verschlechterungen für die Beschäftigten. Im Gegensatz dazu wurde bei der AUA das vorliegende Verhandlungsergebnis nicht durch die Sozialpartner, sondern durch Streiks und weitere Streikdrohungen erzwungen. Auch der ÖBB-Streik hätte gewonnen werden können. Die Regierung wäre damit wohl am Ende und die Gewerkschaften als Gegenmacht etabliert gewesen. Im kommenden Jahr läuft die gesamte Dynamik der Entwicklung in Richtung

weitere Kraftproben zwischen Unternehmern und ArbeitnehmerInnen, sowie Regierung und ÖGB. Die Gewerkschaften müssen sich hier endgültig als Kampforganisationen positionieren, wenn sie nicht untergehen wollen.

**FÜR EINE NEUE
ARBEITERINNENPARTEI**

Eine im Standard veröffentlichte Umfrage wies 37 Prozent der Befragten als potentielle NichtwählerInnen aus! Dasselbe Umfrage zeigte auf, dass die derzeit etablierten Parteien und ihre Programme als beliebig empfunden werden. Als SozialistInnen sehen wir es deshalb als notwendig an, den Aufbau einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche vorzuschlagen. Wir haben vor allem während der Streiks im vergangenen Jahr eine wachsende Bereitschaft vieler KollegInnen erkannt, diese Idee aufzugreifen. Auch die fast 4000 Stimmen, welche die SLP als neue und fast unbekannte Kraft bei den letzten Nationalratswahlen in Wien erhielt, können als kleines Signal in diese Richtung gewertet werden. Im kommenden Jahr können die Weichen für eine solche Partei gestellt werden. Wir werden auch im Jahr 2004 versuchen, unser Bestes dazu beizutragen, kämpferische KollegInnen zusammen zu führen und für Widerstand, Solidarität und Sozialismus einzutreten.

Seiten 4/5: 2003 - Das Jahr als Streiks nach Österreich kamen

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf www.slp.at



Seit 1996 wird auf Basis des "Stabilitätspaktes" in Europa Sozialabbau betrieben. Nun können die großen Wirtschaftsnationen - vorne weg Deutschland und Frankreich - die Kriterien nicht mehr erfüllen. Der Stabilitätspakt ist damit de facto tot. Ein Ende des Sozialabbaus bedeutet das allerdings nicht. Das der Pakt jetzt bricht ist ein Anzeichen für die Krise des Kapitalismus und das Auseinanderdriften der verschiedenen kapitali-

Der Stabilitätspakt ist tot! Es lebe der Sozialabbau?

Von Sonja Grusch

stischen Staaten in Europa. Das Ziel, als starker Block gegen die USA aufzutreten, gibt es noch. Aber die Konkurrenz zwischen den - offensichtlich noch immer - nationalen Bourgeoisien steigt. Wir haben seit jeher prognostiziert, dass zentrale ökonomische Projekte der EU genau daran scheitern werden. Nun scheint dieses Szenario einzutreten: Die Regierungen geraten doppelt unter Druck. Durch die heimische Wirtschaft, diese zu subventionieren bzw. gegen Importe zu schützen. Aber auch endlich durch die wiedererstarkende Gewerkschaftsbewegung und die zunehmenden Streiks. Obwohl uns der Stabilitätspakt als Notwendigkeit für den Euro verkauft wurde, hatte er immer eine zentrale Aufgabe: Als Argument für Kürzungen bei Bildung, Gesundheit, Pensionen, Arbeitslosen etc. zu dienen. Nun, da er tot ist, werden die Argumente vielleicht wechseln. Die Forderungen der Unternehmer und ihrer Regierungen nach Zerschlagung des Sozialstaates bleiben allerdings gleich. Ebenso steigt durch das Auseinanderdriften der Bourgeoisien im Wettkampf um Einfluss und Märkte, die Gefahr von Nationalismus und Rassismus weiter. Die Chance des Kampfes gegen Sozialabbau und Nationalismus liegt auf der Strasse. Bereits heute gibt es europaweite Gegenwehr. Dieser muss sich international zusammenschließen und Alternativen zur kapitalistischen EU formulieren. Vor allem die Gewerkschaftsführung darf dem Rückzug auf den Nationalstaat, den die Wirtschaft vollzieht, nicht folgen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien DVR: 0820202

Oberösterreich - alles ist möglich:

Spinnen die Grünen?

Das Bekenntnis zu den Maastrichtkriterien und zu neoliberalen Nulldefizit-Zielen wurde im oberösterreichischen Regierungsübereinkommen an erster Stelle festgeschrieben. Ebenso wie das Einfrieren der Personalausgaben im öffentlichen Dienst - eine reale Kürzung - und die Weiterführung aller laufenden Straßenbauprojekte. Dass die ÖVP sich langsam nach Alternativen zur FPÖ umsieht scheint verständlich. Doch warum setzten die Grünen diesen Schritt, der "das Denkvermögen vieler Linker übersteigt" wie das ÖVP-Organ "Neues Volksblatt" zynisch kommentiert?

VON JOHN EVERS,
SLP WIEN-NORD

"Sind sie eine öko-soziale Partei oder ein Sammelbecken grün angehauchter Linker" ätzt das Volksblatt weiter? Das Regierungsprogramm von Schwarz-Grün ist allerdings weder ökologisch, noch sozial oder gar links. Die neoliberalen Ziele werden vielmehr durch eine reaktionäre Gesellschaftspolitik ergänzt. Ein "Bekenntnis zum Ehrenamt" darf da ebenso wenig fehlen, wie die Drohung Jugendlichen verstärkt die Polizei auf den Hals zu hetzen - um den Alkohol- und Nikotinkonsum zu bekämpfen.

SIND DIE GRÜNEN WAHSINNIG GEWORDEN?

Nein. Schwarz-Grün ist das Ergebnis einer durchaus absehbaren Entwicklung einer Partei die auch ihrer sozialen Struktur nach immer bürgerlich war - auch wenn sie sich nicht immer so gab. Ein tieferer Blick in die grünen Programme gibt Aufschluss über Schein und Sein der einstigen "Linkspartei": Vieles wurde zwar gefordert, aber bei der ent-

scheidenden Frage der Finanzierung und Lastenverteilung blieb die Partei in den allermeisten Fällen mehr als vage - um nur ja keinen Trafikanten oder Immobilienspekulanten zu verschrecken. Der im oberösterreichischen Regierungsprogramm angekündigte "Mittelstandsfonds" passt zu einer Kraft, deren Vorsitzender ein bürgerlicher Ökonom ist.

AUFSTAND DER PARTEILINKEN BLEIBT AUS

Während seiner Rede zur Verteidigung der Eisenbahner war Karl Öllinger der einzige grüne Abgeordnete der im Plenarsaal des Parlaments zu sehen war. Ein Bild, das den Zustand der Linken innerhalb der Grünen sehr klar ausdrückt. Die Entwicklung der letzten drei Jahre, vor allem die Streiks und Kämpfe haben die Partei immer weiter nach rechts nach rechts gerückt. Aus einer Kraft der Bewegungen Anfang der 80er Jahre, wurde eine stinknormale Partei, die in ihren gesamten Inhalten auf dem Boden des Kapitalismus steht. Bei den Grünen existiert heute weder eine organisierte Opposition,

noch ein linkes Alternativprogramm, oder auch nur offene Kritik von maßgeblichen Kräften an der Zusammenarbeit mit der ÖVP. Im Gegenteil: Das Streben nach der Regierungsmacht als grüner Grundkonsens, scheint sich nach den gescheiterten Verhandlungen auf Bundesebene 2002, noch dramatisch verstärkt zu haben. "Dazu gratulieren wir herzlich" meinte Christoph Chorherr im Namen (!) der Wiener Grünen zu Schwarz-Grün. "Erfreut" über das Verhandlungsergebnis der oberösterreichischen Grünen zeigte sich die Klubobfrau der NÖ Grünen, Madeleine Petrovic. "Ich gratuliere Rudi Anschöber und seinem Team!". Und schon vorher kommentierte Johannes Voggenhuber, Europa-Parlamentarier der österreichischen Grünen: "Eine Zusammenarbeit wäre sehr sinnvoll". Offensichtlich stört es auch niemanden, dass man sich auch mit Helmut Kukacka oberösterreichischen Promotor von Schwarz-Blau im selben Boot befindet. Denn auch dieser Vertreter der Frächterlobby befand: "Schwarz-Grün eine hochinteressante Variante".

“Bei den Verhandlungen mit SPÖ und FPÖ ist es uns Grünen gelungen mehr an Verantwortung zu bekommen, in dem wir zum ersten Mal den Vorsitz in drei (statt bisher zwei) Ausschüssen haben. Dadurch soll in den kommenden Jahren unsere grüne Handschrift noch deutlicher erkennbar werden”

Aus der Homepage der Rieder Grünen

ALLES IST MÖGLICH - WIDERSTAND NÖTIG

Vor allem viele junge Menschen haben bei den letzten Wahlen in der Hoffnung auf mehr linke Politik den Grünen ihre Stimme gegeben. Auch innerhalb der Partei gibt es eine Anzahl von Menschen mit wichtiger politischer Erfahrung und viel Engagement. Es wäre eine Katastrophe wenn dieses Potential resignieren und sich zurückziehen würde. Wir glauben, dass es jetzt nötig ist konkret Widerstand gegen die schwarz-grüne Regierung in Oberösterreich zu organisieren,

aber eine neue politische Kraft in ganz Österreich aufzubauen. Zu beidem sind wir mit heimatlos gewordenen Grünen gerne bereit. Wer aber noch immer an Grüne und/oder SPÖ als Alternative zu Schwarz-Blau glaubt, muss sich noch auf Einiges gefasst machen. In der schönen Stadt Ried regieren nämlich künftig diese beiden Parteien gemeinsam mit der FPÖ! Die Grünen haben übrigens für diese Koalition mit dem Rechtsextremismus immerhin ein paar Posten mehr erhalten.

Aktiv mit SLP und SWI:

Unterwegs mit den EisbahnerInnen und den AUA-KollegInnen

Dass aktive Unterstützung mehr bedeutet als mal kurz vorbeischaun und sich solidarisch erklären haben die Mitglieder der SLP nicht nur beim Arbeitskampf der AUA bewiesen, sondern auch bei den Streiks der ÖBB. Wir nahmen in drei Bundesländern (Wien, Salzburg, Oberösterreich) an verschiedenen Bahnhöfen an den Protesten teil, sprachen mit den Streikenden, verteilten immer wieder Flugblätter und organisierten gemeinsam mit der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften Solidaritätskundgebungen (zB. am Bahnhof Praterstern gemeinsam mit EisenbahnerInnen). Unsere

Forderung nach Ausweitung der Streiks auf andere betroffene Bereiche wurde mit großem Interesse aufgenommen. Auch nach Abbruch des Streiks durch die Gewerkschaftsspitzen waren wir an den Bahnhöfen mit dem Slogan Kampf muss weitergehen präsent. Die Stimmung unter den EisenbahnerInnen war auch nach dem Streikabbruch sehr entschieden - "Wir lassen uns sicher nicht auf den Kopf scheissen" meinte zum Beispiel ein Kollege vom Südbahnhof.

FIGHT RACISM, FIGHT FASCISM
Unter diesem Motto steht die Kampagne von SWI und SLP ge-

gen Rechtsextremismus. Höhepunkt der Kampagne waren die von SWI initiierten Demonstrationen rund um den 8.11. anlässlich der Novemberpogrome. Dabei demonstrierten wir nicht nur am 8.11. in Floridsdorf, sondern auch mit rund 200 Jugendlichen am 9.11. in Salzburg gegen Nazis. SWI versucht dabei unter dem Motto Arbeitsplätze statt Rassismus aufzuzeigen, dass Sozialabbau und steigende Arbeitslosigkeit den Boden für das Stärkerwerden von Nazigruppen bilden (siehe Rückseite). Eine Woche davor fand am 1.11. eine Mobilisierung gegen eine Kranzniederlegung des Ring Freiheitlicher

Jugend und anderer beim Grab des Nazi-Idols Walter Nowotny statt. Den rechtsextremen Parolen der anwesenden Burschenschaftler und Nazi-Skins hielten wir Reden, Arbeiterlieder und Gedenken der Widerstandskämpferin Rosa Jochmann entgegen. Begleitet wurden die Mobilisierungen von Infotischen und Aktionen von SWI und SLP vor Schulen in Floridsdorf. Am 15. 11. fand als weiterer Punkt der Kampagne ein Seminar von SWI zum Thema Was ist Faschismus statt. Einen weiteren Lichtblick bildete der Besuch eines erst vor kurzem dem CWI beigetretenen Genossen unserer Belgischen Schwesterpartei

LSP/MAS aus der französischsprachigen Vallonie. Der Besuch ermöglichte anregende Diskussionen und Austausch über Aktivitäten, Erfahrungen und die politische Situation in beiden Ländern. Ebenso erfreulich: Der erfolgreiche Aufbau der SWI-Nord mit mehreren NeuinteressentInnen.

GEGEN RADIKALE ABTREIBUNGSGEGNER

Besonders wichtig waren unsere Aktionen gegen die radikalen Abtreibungsgegner im letzten Monat. Da der Lucinaklinik das Aus droht, erhielt die Kundgebung am letzten Samstag bei der Klinik eine brisante Note.

Nein zum Pensionsraub der Regierung, heißt auch Nein zum ÖGB-Modell!

35 Jahre sind genug!

So lautete die Antwort der Gewerkschaftsbewegung in den 1980ern auf die Frage, nach wie vielen Jahren mensch in Pension gehen dürfen sollte. Die Zeiten ändern sich. Diese Forderung wurde aus dem Archiv gestrichen - jedenfalls ist sie in der ausführlichen Online-Geschichte des ÖGB nicht mehr zu finden. Stattdessen kämpft der ÖGB seit Oktober für eine Österreich-Pension mit der "magischen Formel" 80-45-65.

VON HARALD MAHRER,
SLP WIEN-MARGARETEN

Noch im Frühjahr 2003 mobilisierte der ÖGB über eine Million Beschäftigte gegen den Pensionsraub der Regierung, der unter den Schlagworten Harmoni-

jenes der Regierung. Die Gewerkschaft fordert trotzdem reale Verschlechterungen!

Im Detail verbergen sich im Gewerkschaftsmodell eine Reihe an "Haken". Das Modell geht davon aus, dass über 45 Jahre mehr oder weniger durchgängige Bei-

nimmt, während die größer werdende Zahl von Beschäftigten in unsicheren, schlecht bezahlten Jobs - das sind übrigens überwiegend Frauen - zu den großen VerliererInnen zählen. Ein Brauurstück einer solidarischen Gewerkschaftsbewegung.

also in 5 Jahren, um den selben Wert. Die Aktiven würden es also leicht schaffen, die notwendigen Werte für eine ordentliche Altersversorgung zu schaffen. Durch das Versagen des ÖGB in diesem Punkt, hielten die Löhne aber nicht mit der Produktivität mit und somit auch die Beiträge zum Sozialsystem nicht. Mit einer offensiven Lohnpolitik und auf der Wertschöpfung basierenden Beiträgen der Arbeitgeber hätte das Pensionsschlamassel verhindert werden können.

“ Sie werfen es jemandem vor, wenn er von „Pensionsraub“ spricht. Sprechen Sie beim Überfall auf eine Sparkasse, wenn man 10 oder 15 Prozent des dort vorhandenen Geldvolumens wegnehmen möchte, von einer Sparkassensicherung – oder ist das eine Beraubung der Sparkasse, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Fritz Verzetnitsch am 8. Mai 2003 im Parlament

sierung und "80-45-65" auf uns niederging. Jetzt - ein halbes Jahr danach - reagieren viele GewerkschafterInnen erstaunt, die selben Parolen aus dem Munde Fritz Verzetnitschs zu vernehmen.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Anrechnung von Ersatzzeiten (Kindererziehung, Arbeitslosigkeit, Bundesheer, ...) mildert die Auswirkungen wohl. Ebenso federt eine realistischere Wertsicherung der Beiträge einige Grausamkeiten ab. Dennoch bleibt für die Allermeisten am Ende weniger Pension übrig. Auch der Vertrauensschutz ist im ÖGB-Konzept besser gewährleistet, weil zumindest bereits erworbene Ansprüche nicht angefasst werden sollen. Das ÖGB-Modell ist damit zwar besser als

tagszeiten mit ausreichend hohen Beitragsgrundlagen möglich sind. Am Papier ergeben sich so sogar leichte Pensionssteigerungen in manchen Fällen - bei vollen 45 Jahren mit vollem Verdienst.

Die Realität sieht allerdings anders aus: Unsichere, schlecht bezahlte Jobs - oft Teilzeit bedeuten nicht nur ein geringes Einkommen während des Berufslebens, sondern auch niedrigere Beiträge während der Ersatzzeiten (z.B. die häufiger auftretende Arbeitslosigkeit). Daraus resultieren, durch die auf 45 Jahre verlängerte Durchrechnung, sehr niedrige Pensionen. Der ÖGB hat ein Pensionsabbaumodell vorgelegt, das vor allem männlichen Arbeitnehmern mit sicherem Job und gutem Einkommen, wenig

PENSIONEN UNFINANZIERBAR?

Der ÖGB hat die Propaganda der Bürgerlichen über die Unfinanzierbarkeit der Pensionen geschluckt, und kam daher zu einem recht ähnlichen Schluss wie die Regierung. Die Pensionen werden abgebaut und nach unten "harmonisiert".

Das Problem daran ist nicht nur, dass die angebliche "Faktenlage" anders ist, als sie dargestellt wird. Rechnet man die Produktivität (Wertschöpfung pro Arbeitskraft) ein, so ergibt sich, dass die steigende Zahl der PensionistInnen durchaus verkraftbar wäre. Während das Verhältnis "Aktive" zu PensionistInnen 30 Jahre (1972-2002) brauchte, um sich um 16% zu verschlechtern, stieg die Produktivität in der Industrie allein von 1997 bis 2002,

WIE PENSIONEN SICHERN?

Der ÖGB zieht daraus aber nicht den Schluss einen Fehler gemacht zu haben. Er schreibt seine Versäumnisse jetzt in seinem Pensionsmodell sogar fest. Die Beschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche, 35 Jahre Lebensarbeitszeit) des ÖGB aus den 1980ern hätten um nicht ausgesetzt gehört. Durch die Arbeitszeitverkürzung könnte auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden - das würde bis zu 200.000 BeitragszahlerInnen mehr bedeuten. Im Frühjahr hätte der ÖGB die Chance gehabt - mit Millionen im Rücken - diese Forderungen durchzusetzen und die Pensionen wirklich zu sichern. Es wird an aktiven GewerkschafterInnen liegen, eine solche Politik für die Zukunft einzufordern und gegen die ÖGB-Bürokratie durchzusetzen. Wenn nicht kommt in paar Jahren die nächste Pensionsreform und der ÖGB verfasst wieder ein "Reformpapier", das uns in den Rücken fällt.

Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften:

Der Aufbau geht weiter!

Der große Erfolg der Anti-Sozialabbau demonstration in Berlin beweist, welche Chancen eine echte Opposition in den Gewerkschaften haben kann. Auch bei den Aktionen der überparteilichen "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" anlässlich der Arbeitskämpfe bei ÖBB und AUA zeigte sich, wie dringend eine andere Gewerkschaftspolitik in Österreich nötig ist.

VON MICHAEL GEHMACHER,
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Die Gründungskonferenz der Plattform am 13.10. war - wie bereits berichtet - ein Riesenerfolg, aber nur der Auftakt für unsere Aktivitäten. Anlässlich der Streiks bei ÖBB und AUA setzte sich die Plattform für einen einheitlichen Streiktag des öffentlichen Verkehrs und Dienstes ein. Unsere Tätigkeit beschränkte sich aber nicht darauf, solche Aktionen vom ÖGB zu verlangen, sondern selbst Aktionen zu setzen. Es gab gemeinsame Solidaritätsaktionen mit den EisenbahnerInnen aus der sich z.B. KollegInnen aus dem öffentlichen Dienst beteiligten. Auch eine So-

lidaritätsaktion mit den AUA-KollegInnen war geplant. Dies wurde zwar durch den Verhandlungsabschluss obsolet. An ihr hätten sich aber auch einige EisenbahnerInnen und LehrerInnen beteiligt - ein Zeichen für die zukünftigen Möglichkeiten der Plattform. Viele KollegInnen sammelten bei diesen Solidaritätskundgebungen sehr nützliche Erfahrungen: Wie vertrete ich die Anliegen der Streikenden in der Öffentlichkeit, was darf mir die Polizei nicht verbieten (...). Durch die kaum vorhanden ÖGB-Aktionen der letzten Jahre ist dieses politische "Know How" auch bei erfahrenen BetriebsrätInnen nicht selbstverständlich. Als am 14.11. der ÖBB-Streik ohne Errei-

chen des Streikziels abgebrochen wurde, gab es großen Unmut. Damit dieser nicht in Frustration und Gewerkschaftsaustritt umschlägt, ist eine organisierte Opposition der Betroffenen nötig. Sie könnte künftig der Gewerkschaftsspitze Dampf machen, Kampfmaßnahmen durchzusetzen und schließlich sogar personelle Alternativen anbieten. Auch eine Demokratisierung der Gewerkschaft durch Urabstimmungen und BetriebsrätInnenkonferenzen wollen wir gemeinsam durchsetzen. Die Plattform will hier ein praxistaugliche Konzepte entwickeln, weil wir von vielen KollegInnen gefragt werden, wie solche Abstimmungen und Konferenzen konkret umgesetzt werden könnten. Ein zentraler Mangel der Plattform war auch ihre Wien-"Lastigkeit". Dieser Mangel soll durch ein erstes Treffen in Oberösterreich rasch behoben werden.

Riesenerfolg für Gewerkschaftsopposition in Deutschland:

100.000 auf den Straßen Berlins

Am 1. November 2003 demonstrierten in Berlin 100.000 Menschen gegen den Sozialkahltschlag der Regierung.

VON MARIA HÖRTNER,
SLP WIEN-MARGARETEN

Aus dem gesamten Bundesgebiet sind an die 30.000 GewerkschaftsaktivistInnen, ArbeiterInnen und Jugendliche eigens angereist, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Bemerkenswert: Die Initiative für diese Großdemo ging auf die SAV zurück, die deutsche Schwesterorganisation der SLP. Seit mehreren Jahren ist diese am Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition maßgeblich beteiligt. Nach und nach schlossen sich immer mehr linke und kritische GewerkschafterInnen der Initiative

an und letztendlich wurde am Bundeskongress von ver.di (Dienstleistungsgewerkschaft) der Aufruf einstimmig beschlossen. Die Spitzen des DGB und anderer Gewerkschaften verweigerten - im Gegensatz zu zahlreichen Bezirksverbänden und Ortsgruppen - ihre Unterstützung. DGB-Chef Sommer traf sich sogar mit Edmund Stoiber (CSU), anstatt auf die Demonstration zu gehen. Die größte Einzelgewerkschaft der Welt - die IG-Metall - begrüßte wenigstens die Teilnahme "vieler Metallerrinnen und Metaller an der bundesweiten Demonstration am 1. November 2003 in Berlin".

PROTESTSTURM VON UNTEN

Der große Erfolg der Demonstration zeigt, wie stark der Unmut

über den sozialen Kahltschlag ist. Die große Anzahl an Menschen, die protestiert haben erscheint umso wichtiger, da die Demo von unten organisiert wurde und die Blockaden der Gewerkschaftsspitzen durchbrach. Hätten die Führungen der Gewerkschaften die Demonstration unterstützt und mobilisiert, wären sicher Hunderttausende mehr auf die Straße gegangen. Nun steht aber die Frage wie weiter (?) im Vordergrund. Die SAV setzt sich dafür ein, dass ein eintägiger Generalstreik organisiert wird, um die Pläne der SPD/Grün-Regierung zu stoppen. Dafür muss Druck "von unten" ausgeübt werden, damit die Gewerkschaftsvorstände ihre Mitglieder mobilisieren und einen Streiktag organisieren.

Die Zeiten werden härter - Bilanz der Arbeitskämpfe 2003

2003: Das Jahr als die Streiks kamen

Meinung wird gemacht

„Zum ersten ist eine Unterstützung bzw. eine Solidaritätserklärung sehr wichtig für die streikende Belegschaft. Es tut jedem gut zu wissen das man nicht alleine den Kampf bestreitet. Auf die Medien ist leider kein Verlass da sie weder objektiv noch unabhängig berichten. Die Medien manipulieren die Meinungsbildung der ÖsterreicherInnen. Diese Medien berichten zum großen Teil für das Kapital und damit für die Herrschenden. Es ist daher notwendig die betroffenen Gruppen auch, soweit möglich, im eigenen Betrieb zu unterstützen und mit Flugblättern, Plakaten und in Diskussionen auf die Argumente der "anderen Seite" hinzuweisen. Thomas Lindmayer, Betriebsrat, Linz, GMT

Der Verkehrsfunk schwieg die Staus am 12.10.

tot, damit die Regierung erklären konnte, die Streiks hätten keine nennenswerten Auswirkungen. Die Erfahrungen der Streikposten beim EisenbahnerInnen-Streik mit Fahrgästen waren überwiegend positiv. Manche kamen sogar extra, um ihre Solidarität zu bekunden. Am Westbahnhof in Wien beobachteten Streikposten wie ein Fernsichteam SchauspielerInnen Anweisungen und einen Text gab. Der Bericht wurde ausgestrahlt, eroberte "Fahrgäste" berichteten über den Schaden, der ihnen durch den Streik entstanden sei. Der stellvertretende Bundesparteiobermann der FPÖ, Max Walch erklärte, dass viele ÖBB-MitarbeiterInnen "gegen ihren Willen zum Streik mehr oder weniger gezwungen" worden seien. Beweise gibt es dafür ebenso wenig wie für die Behauptungen, die AUA-FlugbegleiterInnen wären von den Piloten gezwungen worden. Monatelang wurde über die Medien von angeblichen Privilegien "berichtet", oder besser, die Behauptungen der Regierung wiederholt. Gewerkschaft und BetriebsrätInnen machen immer wieder die Erfahrung, dass ihre Sicht der Dinge von den Medien ignoriert wird. Das zeigt, dass die Medien nicht unabhängig sondern ein Instrument der Herrschenden sind, und Stimmung in ihrem Sinne gemacht wird. Josef Löw, Personalvertreter bei der ÖBB, empfand die Rolle der Medien als "sturmreif schießen" von Gewerkschaft und Belegschaft.

Dass die Medien trotzdem gezwungen waren, auch positive Berichte und Stimmungsbilder zu bringen zeigt die enorme Sympathie, die geherrscht hat. Trotz Lügen, Einschüchterung und Fehlinformation wird Streik zunehmend als legitim gesehen. Nach einer Umfrage des Ifes-Institutes hielten rund 60% die Kampfmaßnahmen der EisenbahnerInnen für gerechtfertigt. Eine von Lukas Mandl, Bundsvorstandsmitglied der Jungen Volkspartei, eingerichtete Homepage (www.esreicht.at) konnte gerade 3344 Stimmen gegen den Streik organisieren - und das obwohl sie über die Medien breit beworben wurde. Den Streik gegen den Pensionsraub hielten 53% der Bevölkerung für gerechtfertigt, bei den unter 30jährigen sogar 68%.

WO IST DIE GEWERKSCHAFTSPRESSE?

Weil sich die Meinung der ArbeitnehmerInnen in den bürgerlichen Medien nicht widerspiegelt, hat

die ArbeiterInnenbewegung immer darauf Wert gelegt, eigene Medien zu haben. Heute gibt es leider keine Tageszeitung, die im Sinne der ArbeiterInnen schreibt. Tragisch ist auch, dass der ÖGB seine eigenen Medien nicht nutzt. Die "Kompetenz", die Zeitung der GPA, jener Gewerkschaft, in der das AUA-Bodenpersonal organisiert ist, ignorierte den Arbeitskampf bei der AUA völlig, anstatt für einen gemeinsamen Kampf aller AUA-Beschäftigten aufzurufen. Auf die Anfrage von Gewerkschaftsmitgliedern an die GPA antwortete GPA-Vorsitzender Sallmutter u.a. "Unaufgefordert laufende Aktivitäten anderer Gewerkschaften zu kommentieren ist innerhalb des ÖGB's nicht üblich." In der Septembernummer der Kompetenz findet sich immerhin ein Artikel zum Thema "Österreich braucht die Bahn" wo GDE-Vorsitzender Haberzettl als Bildunterschrift darauf hinweist, dass ein Streik nicht ausgeschlossen ist. Aufruf und Mobilisierung für Solidarität sucht man vergeblich.

Zynisch die "Solidarität", die ÖGB-Zeitung, in ihrer November-Ausgabe. In der Bildergalerie zum ÖGB-Kongress findet sich ein Foto vom AUA-Stand mit der Bildunterschrift "Während die Piloten streiken streicht das freundliche 'Bodenpersonal' auf dem Informationsstand der neuerdings Austrian genannten Fluglinie die bekannten Vorteile der heimischen Airline heraus." Nicht zu vergessen, dass der AUA-Vorstand Gewerkschaft und Betriebsrat mit Schadensersatzklagen sowie die Streikenden mit Entlassungsklagen bedrohte. Schlimm, das die AUA als Unternehmen auf dem ÖGB-Kongress werben durfte. Für die streikenden AUA-Beschäftigten war das ein Schlag ins Gesicht. Foto & Bildunterschrift legen noch eins drauf. Auf unsere Protestbriefe erhielten wir vom stellvertretenden Chefredakteur Luger folgende Antwort: "Sie werden aber wohl selbst zugeben müssen, dass ein Unternehmen während der - langen - Zeit der Verhandlungen nicht seine Tätigkeit - in diesem Falle eben die Präsenz auf der für Betriebsräte bestimmte Informationsmesse Rat & Tat '03 - einstellen kann sondern weiter präsent sein muss. Ein wenig Verständnis für die Arbeit und Aufgaben der 'anderen Seite' gehört auch zum Verständnis der Gewerkschaftsbewegung." Gerade angesichts der medialen Übermacht müsste die Gewerkschaft aber alle Mittel nutzen, um die Öffentlichkeit über ihre Anliegen zu informieren.

Handeln statt Verhandeln!

„Streiks verursachen Kosten und tun weh! Betroffen sind die Streikenden und ihre Familien sowie beim ÖBB-Streik die vom Bundeskanzler sonst völlig vernachlässigten PendlerInnen. Tatsächlich werden die Streikkosten zu ungleichen Teilen zwischen unselbständig Erwerbstätigen und Unternehmern aufgeteilt. Es bringt jeder Streik einen volkswirtschaftlichen Schaden, und das ist gut so und notwendig. Nur sollte der ÖGB dies auch erkennen und als Waffe in Verhandlungen nutzen. Josef Löw, Vorsitzender des Vertrauenspersonenausschusses/VPA Managementservices/MA Nordbahnstraße

Nach monatelangen Verhandlungen und zwei Warnstreiks meinte der Vorsitzende des AUA-Bord Betriebsrates, Rudolf Novak: "Ich sehe jetzt, im Nachhinein, da waren nie Verhandlungen, der Vorstand hat uns immer nur neue Konzepte vorgelegt, die auf die 35% Einsparung kommt. Er hätte uns nur mitgestalten lassen, wie sich die 35% darstellen, aber die 35% waren nicht verhandelbar - es waren definitiv keine Verhandlungen....es war eine Hinhaltetaktik."

Tragisch ist, dass die ÖGB-Führung Teil dieser Hinhaltetaktik war. Am 15.10. sollten die streikenden AUA-Bord-Beschäftigten zum ÖGB-Kongress fahren. Der Vorstand begann Scheinverhandlungen, die Abfahrt wurde verschoben. Währenddessen sammelte der Vorstand mit Hilfe eines Buffets unter den Boden-Beschäftigten Unterschriften gegen den Streik, die Verzetnitsch überreicht wurden. Als die Streik-Delegation endlich am Kongress eintraf, wurden sie nicht einmal in den Sitzungssaal gelassen.

Immer wieder hat sich die ÖGB-Führung darüber beschwert, es gäbe keine "echten Verhandlungen". Das zeigt, dass sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in Betracht zieht. Unternehmen & Regierung können - von ihrem Standpunkt aus gesehen - keine Verhandlungen wie in den 60er und 70er Jahren führen, weil sie wirtschaftliche Probleme haben die sie auf die ArbeitnehmerInnen abwälzen wollen. Doch umgekehrt können die Beschäftigten immer weniger Zugeständnisse machen, weil sie sich das schlicht nicht leisten können. Der AUA-Streik hat hier eines gezeigt: Mit einem Streik im Rücken lässt es sich (nicht erst) heutzutage sicher am besten verhandeln.

NICHT EINSCHÜCHTERN LASSEN

"Streik ist ein archaisches Recht, ähnlich dem Faustrecht! Es ist Zeit in einer zivilisierten Welt diese Form der Nötigung abzuschaffen!" (Österreichischer Gewerbeverein) "Experten" erklären, die Streiks wären illegal. Die Betriebsversammlung bei der AUA am 11.10. wird mittels Einstweiliger Verfügung untersagt, den Streikenden wird mit Entlassung, dem Betriebsrat sowie der Gewerkschaft mit Schadensersatzforderungen gedroht. Auch der ÖGB-Vorstand bedroht die streikenden EisenbahnerInnen mit "Konsequenzen".



"Die Wirtschaftskammer wird dann konkret prüfen, ob sich einzelne der bekannt gegebenen Fälle für die Führung von Musterprozessen eignen." (Homepage der Bundeswirtschaftskammer) Die Regierung ist in keinem der Arbeitskämpfe neutral, sondern eindeutig auf Seite der Unternehmen. Beim ÖBB-Streik wird in einigen Bundesländern das Nachfahrverbot für LKW aufgehoben, Regierungsvertreter sprechen sich klar gegen Streiks aus und die Medien werden zur Hetze gegen Streikende genutzt. Wenn sich die Gewerkschaften davon einschüchtern lassen, erfolgen Privatisierung und Sozialabbau künftig noch drastischer. Beim AUA-Streik hatten die KollegInnen klargemacht: "Wenn es Entlassungen gibt, dann streiken wir, bis diese zurückgenommen werden". Der Streik zwang den Vorstand auch zur Rücknahme aller Repressionen und Klagen. Aus dem Verhandlungsprotokoll: "Alle im Zusammenhang mit dem Arbeitskonflikt ausgesprochenen schriftlichen Verwarnungen, Klagsandrohungen und Klageeinbringungen sowie Schadenersatzforderungen aber auch die Unterlassungsklagen, sowie Kündigungen und Entlassungen von welcher Seite auch immer werden mit Unterzeichnung des Resümeeprotokolls zurückgezogen."

Im Jahr 2003 kam es zu zahlreichen gewerkschaftlichen Protestmaßnahmen von Demonstrationen, über Dienststellenversammlungen bis hin zum Streik. Gegen Personalabbau gab es im März "Dienst nach Vorschrift" bei der Post. Es folgten Dienststellenversammlungen bei den LehrerInnen und ein Streik gegen die Stundenkürzungen. Der ÖGB rief gegen den Pensionsraub zu Demonstration und Streik auf. Im Herbst fand in Linz eine Menschenkette gegen die Voest-Privatisierung statt. Bei AUA, Postbus und ÖBB kam es in den letzten Monaten zu Streiks. Bei der AUA waren es fünf Arbeitsniederlegungen, bei der ÖBB wurde sogar ein unbefristeter Streik angekündigt, der von einem eintägigen Streik beim Postbus begleitet war. LehrerInnen, Post und Postbus protestierten erfolglos. Trotz eintägigem Streik am 3.6. beschloss die Regierung den Pensionsraub. Der Streik bei den ÖBB zeigte die enorme Macht der Beschäftigten und hätte die Regierung fast in die Knie gezwungen, die AUA-Streiks endeten mit einem relativ weitgehenden Erfolg für die Streikenden. Können wir aus dieser Bilanz ablesen, dass streiken wenig Erfolg bringt? Im Gegenteil: Wir müssen die Stärken und Schwächen - Dauer, Konsequenz, Protestformen - untersuchen und die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, um bei kommenden Auseinandersetzungen besser gerüstet und vorbereitet zu sein.

VON SONJA GRUSCH, SLP-BUNDESPRECHERIN

Für einen aktiven Streik

„Als GDE-Streikposten war ich positiv überrascht über das Verständnis und die Bereitschaft zur Diskussion der meisten Menschen die einfach wissen wollten warum wir streiken! Da ging dann einigen doch ‚ein Licht auf‘ das wir eigentlich gar nicht solche Privilegienritter sind als die uns manche Politiker und Medien immer wieder bezeichnen. Verbesserungswürdig wäre sicher mehr Unterstützung innerhalb unserer Organisation und in verstärktem Maße die Solidarisierung anderer Gewerkschaften. Und unmittelbarer Beistand vor Ort wie ich es beim tollen Team der SLP erlebt habe. So etwas gibt Kraft und das Vertrauen für die richtige Sache zu kämpfen. Gabriele Schaufler, Versehrtentrustensfrau Westbahnhof

Die GDE hatte zu einem unbefristeten Streik aufgerufen. Dabei ist aber noch viel mehr als sonst die aktive Beteiligung aller Streikenden notwendig. Doch hier ist der ÖGB mehr als unerfahren. Beim Streik gegen den Pensionsraub wussten die meisten nicht einmal, wann und ob sie überhaupt streiken würden. Anstatt die Streikenden in einer großen Demonstration zusammenzufassen wurde ihnen gesagt, sie dürften den Arbeitsplatz nicht verlassen. Nur in Linz kam es zu Demonstrationen, diese wurden allerdings von der SPÖ für ihren Wahlkampf missbraucht. Thomas Lindmayer, Betriebsrat aus Linz berichtet über den Streik am 3.6.03: "Grundsätzlich waren anfangs viele Kollegen verunsichert, auch ich hatte so meine Zweifel, war auch kein Wunder war es doch für uns alle der erste richtig große Streik. Diese Verunsicherung löste sich im Laufe des Vormittags auf. Als sich das Ende näherte fragten mich viele Kollegen ob das alles gewesen wäre. Sie wollten ein Zeichen setzen und demonstrieren auf die Strasse gehen anstatt in der Kantine zu sitzen. Ich war überrascht wie schnell einige Kollegen aktiv werden wollten um diesen Rentenklau zu vermeiden. Noch eine Überraschung: Speziell jüngere Kollegen sind sehr daran interessiert Streiks in Zukunft etwas kämpferischer zu gestalten!" Die KollegInnen bei der AUA gingen genau diesen Weg: Neben dem Betriebsrat mit 16 Mitgliedern (FlugbegleiterInnen und Piloten) gab es noch ein Streikkomitee mit weiteren 20 und ein Aktionsteam mit noch einmal rund 130 KollegInnen. Markus Populorum, Betriebsrat AUA-Bord, berichtet: "Auch für den letzten Streik waren keine außerordentlichen Vorbereitungen notwendig, denn das durch die vorangegangenen Streiks sehr erfahrene Streikkomitee und Aktionsteam konnte auf die verschiedenen Fähigkeiten und die Arbeitskraft vieler KollegInnen zurückgreifen. Dank des Streikkomitees

konnte sich der Betriebsrat voll auf die umfangreichen Verhandlungen konzentrieren. Bei uns waren ein paar hundert KollegInnen aktiv in den Streik eingebunden, beim Vorstand war das nur eine handvoll Manager. Bei uns ging es um unsere Existenz, und beim Vorstand "nur" um seine Prämien, womit wir neben der Arbeitskraft auch moralisch und von der Motivation her überlegen war. Wichtig war auch die Entschlossenheit der Belegschaft, und für uns vom Betriebsrat war klar, dass der Betrieb steht, wenn es bis 16.11. kein Ergebnis gibt. Als bekannt wurde, dass der Vorstand bereits während der Verhandlungen Flugzeuge für einen etwaigen Arbeitskampf bestellt hatte, informierte das Streikkomitee die KollegInnen per SMS und damit ist alles in mittlerweile gewohnter Art abgelaufen. Die KollegInnen waren zahlreich zur Stelle, und bauten neben der Tonaanlage auch gleich wieder ein Buffet auf, da die Geschäftsleitung die Anweisung gegeben hatte die Kantine geschlossen zu halten." Der EisenbahnerInnenstreik begann am Mittwoch den 12.11. Am Donnerstag Abend hatte der ÖGB 400.000 Flugblätter produziert. Bis Freitag Mittag waren diese allerdings nicht auf den Bahnhöfen eingelangt. Die Streikposten standen de facto ohne Material in den Bahnhöfen. Die Chance mittels Flugblättern, Infotafeln und Streikzeitungen die Fahrgäste in den Bahnhöfen und Beschäftigte anderer Branchen in U-Bahnstationen, Einkaufsstrassen und anderen belebten Plätzen über die Streikziele zu informieren wurde vergeben. Ebenso versuchte die Gewerkschaft nicht, den Streik mittels Blockaden und Demonstrationen der Streik nach außen getragen worden wäre. Damit hätte der ÖGB das Informationsmonopol der Regierung gebrochen und einen Sieg für die Beschäftigten durchsetzen können.

Klassenkampf statt Antistreikintervention

„Das Wichtigste bei unserem Streik war, dass die Belegschaft zusammengehalten hat und hinter den Personen gestanden ist die sich zwangsläufig exponierten. Für die FlugbegleiterInnen und Piloten war klar, dass sie alle betroffen sind, wodurch die Solidarität massiv gestärkt wurde. Bei einem Streik ist es essentiell, die Geschäftsleitung davon zu überzeugen, dass die Belegschaft zu einem Streik bereit ist. Für das Unternehmen ist es natürlich besser, wenn das Management daran keine Zweifel hat. Für die ArbeitnehmerInnen ist es wichtig, wann auch immer es von der Geschäftsleitung "eingefordert" wird, bereit zu sein ihre Solidarität mittels eines Streiks zu beweisen.

Markus Populorum, Betriebsrat AUA-Bord, HTV

Die Notwendigkeit von gewerkschaftlicher Gegenwehr ist angesichts der immer aggressiveren Angriffe von Unternehmensseite überdeutlich. Gleichzeitig herrscht unter vielen Gewerkschaftsmitgliedern Frust über die mangelnde Konsequenz bei Kampfmaßnahmen. Josef Löw meint dazu: "Leider hat der ÖGB beim Eisenbahnerstreik nur halbherzig - nämlich nur in der Streikunterstützung - gehandelt. Eine Einbindung aller von den Maßnahmen der Bundesregierung betroffenen Gewerkschaftsmitglieder wäre dringend von Nöten gewesen. Es müsste vom ÖGB also in Richtung Generalstreik agiert und argumentiert werden."

Die Gewerkschaftsführung hofft immer noch auf die Sozialpartnerschaft. Sie verschließt die Augen vor den Veränderungen, die stattfinden. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise versucht die Regierung nun den Sozialstaat endgültig zu zerschlagen. Der Zweckoptimismus des Finanzministers kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Wachstum 2003 voraussichtlich unter einem Prozent liegen wird und dass die Arbeitslosigkeit jedes Monat neue Rekorde verzeichnet. Aus der Sicht von Unternehmen & Regierung ist es notwendig, den Einfluss der Gewerkschaften zurückzudrängen um die Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse mit weniger Widerstand durchsetzen zu können. Im Regierungsübereinkommen wurde festgehalten, dass Flexibilisierung in allen Bereichen "auf betrieblicher Ebene... (und)... in Einzelvereinbarungen" ermöglicht werden soll. Die FPÖ will schon lange das "Zurückdrängen des Gewerkschaftseinflusses". Insbesondere bei der Zerschlagung der ÖBB geht es auch darum, die Gewerkschaft der EisenbahnerInnen zu schwächen.

"Der ÖGB-Präsident versucht aus meiner Sicht zu de-eskalieren. Die Rolle des Vermittlers hat er nicht nur in unserem Streik sehr gut gespielt. ob dieses im Sinne der Mitglieder geschah, ist zu hinterfragen." meint Josef Löw. In einer ORF-Pressesendung im Zuge des AUA-Konfliktes definierte Verzetnitsch seine Rolle als Vermittler zwischen Beschäftigten und Unternehmen.

Niemand streikt gerne, aber wenn ArbeitnehmerInnen ihre Interessen nicht anders durchsetzen können, ist Streik ein notwendiges und legitimes Mittel. Die Spitzen des ÖGB handeln in der Praxis anders. Nach Streik und Grossdemonstration im Frühjahr 2003 gegen den Pensionsraub erklärte Verzetnitsch am 6.6. ein Ende der Streiks und übergab die Verantwortung an das Parlament. Auch beim ÖBB-Streik beendete die Gewerkschaft diesen just zu dem Zeitpunkt, als dieser begann, "zu wirken". Wirksam ist ein Streik immer erst, wenn die Kosten, die den Unternehmen durch den Streik entstehen oder entstehen können, grösser sind als die Kosten, wenn den Forderungen der Gewerkschaft nachgegeben wird. Als in Folge des EisenbahnerInnen-Streiks die produzierten Waren nicht mehr abtransportiert und keine Rohstoffe mehr angeliefert werden konn-

ten, stieg der Druck von UnternehmerInnenseite auf die Regierung enorm. Anstatt diesen Druck aber zu nutzen, um ihre Ziele durchzusetzen, zog die Gewerkschaft zurück und lies sich auf einen mehr als fraglichen Kompromiss ein. Die Streikziele wurden so nicht erreicht.

WIE WEITER KÄMPFEN?

Die Entschlossenheit der AUA-KollegInnen, die nach erfolglosem Auslaufen des Waffenstillstandes am 17.11. sofort wieder in den Streik getreten sind, sollte Vorbild für alle sein. Sie war die Grundlage für den Erfolg! Durch die neuen Regelungen wird es dem Management nicht mehr möglich sein, die KollegInnen von AUA und Lauda gegeneinander auszuspielen. Dieselbe Entschlossenheit gab es auch in anderen Bereichen, gefehlt hat es aber an der Gewerkschaftsführung, die zu halbherzigen Protesten aufrief bzw. in der Mitte einfach abbrach. Für einen erfolgreichen EisenbahnerInnenstreik wäre die Ausweitung in andere Berufsgruppen wichtig gewesen. 52% meinten, dass der Regierung bei der ÖBB-Reform nur um "die Durchsetzung parteipolitischer Interessen" geht. Vielen war klar, dass es der Regierung darum ging, ein Exempel gegen die starke Eisenbahnergewerkschaft zu setzen. Wäre die GDE geschlagen, wären künftige Angriffe auf andere leichter. Viele Beschäftigte der Wiener Linien und der Stadtwerke rechneten schon mit Solidaritätsstreiks für die EisenbahnerInnen und waren auch dazu bereit. 68,1% meinten, der Streik könnte Erfolg haben. Wäre der EisenbahnerInnenstreik weiter geführt worden, wäre er mit dem AUA-Streik zusammengefallen. Das in Kombination mit Solidaritätsstreiks hätte eine enorme Macht bedeutet, die die Regierung in die Knie und auch aus dem Amt hätte zwingen können.

Solange die Gewerkschaften in der Logik des Kapitalismus denken und handeln, wird es immer unmöglicher die Interessen der Beschäftigten zu verteidigen. Die Kritik am Kapitalismus darf sich nicht auf eine zahnlose Anti-GATS-Kampagne beschränken, sondern muss die Profitlogik an sich angreifen. Die SPÖ ist dabei sicher kein Partner - sie war für Sozialabbau und Privatisierung in den 80er und 90er Jahren verantwortlich. Die meisten WählerInnen die SPÖ sehen diese inzwischen höchstens als kleineres Übel. Auch innerhalb der Gewerkschaftsführung häufen sich die kritischen Stimmen. Die ArbeiterInnenbewegung braucht neben kämpferischen Gewerkschaften, eine politische Vertretung - eine ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. Das es eine solche in Österreich zur Zeit nicht gibt ist der Hauptgrund dafür, das schwarzblau noch im Amt ist. Die Gewerkschaftsbewegung hat daher nicht nur die Aufgabe, entschlossene Kämpfe für die Rechte und Interessen der ArbeiterInnen zu führen, sondern auch, sich am Aufbau einer solchen neuen ArbeiterInnenpartei zu beteiligen.

Vorwärts: 20 Jahre und kein bisschen leise

Die Rolle einer sozialistischen Zeitung im 21. Jahrhundert

Ein Blick in die Streikberichterstattung der bürgerlichen Medien genügt, um die Existenz einer sozialistischen Zeitung zu rechtfertigen. Es herrscht Zensur, wenn es um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung geht. Das Wort "Unabhängigkeit" prangt zwar auf den meisten Titelseiten. Doch oft ist nicht einmal ein Blick in die Reaktionsstatuten nötig, um das dort festgeschriebene Bekenntnis zu Marktwirtschaft und Regierungspolitik sofort zu erkennen.

VON JOHN EVERS,
VERANTWORT. REDAKTEUR

Vorwärts ist zwar unabhängig von großen Geldgebern und jeder Form der kommerziellen Werbung. Es ist aber eine Parteizeitung, genauer gesagt die Zeitung einer Partei, die sich das Ziel gesetzt hat, den Kapitalismus zu stürzen und die Gesellschaft sozialistisch zu verändern. Seit 20 Jahren ist Vorwärts damit viel mehr als bloß eine Zeitung. Wir greifen bewusst auf die Traditionen der revolutionären ArbeiterInnenbewegung zurück, in der das gemeinsame, zentrale Presseorgan als Chance gesehen wurde, die sozialistische Bewegung zu organisieren. Von Beginn an bedeutete die Herausgabe unserer Zeitung die Notwendigkeit, unabhängige Strukturen

zu schaffen, regelmäßig die Inhalte zu diskutieren und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen gemeinsam umzusetzen. Diese Erfahrungen halfen uns ganz wesentlich, als wir Anfang der 90er Jahre aus der Sozialistischen Jugend (SJ) ausgeschlossen wurden, aber auch als wir den Schritt zur Gründung einer neuen Partei im Jahr 2000 setzten. Damals wie heute greifen wir mit unseren Medien aktiv in Bewegungen ein und beziehen deutlich Stellung zu den aktuellen Bewegungen. Vorwärts war in diesem Sinne nie ein beliebiges Diskussionsorgan, angepasst an die Bedürfnisse eines losen politischen Umfelds. Wir fühlen uns verpflichtet, mit unserer Zeitung einen klaren sozialistischen Standpunkt in die öffentliche Debatte einzubringen, um

so kämpferische ArbeiterInnen und Jugendliche zu erreichen. Vorwärts steht damit nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit anderer breiter Formen von Zeitungen und Medien in der ArbeiterInnenbewegungen. Im Gegenteil: Wir unterstützen solche Entwicklungen dort, wo sie in Erscheinung treten. Während der Streiks im letzten Jahr haben die Beschäftigten zum Teil selbst begonnen, eigene Medien zu entwickeln. Sie haben in Zeitungen, Flugblättern und im Internet einen unabhängigen Standpunkt eingenommen, der den Interessen der Streikenden entsprach. Wir haben diese Publikationen und die darin enthaltenen Standpunkte selbstverständlich verbreitet. Bei verstärkter Vernetzung unter kämpferischen BetriebsrätInnen und Belegschaften könnten hier die ersten Keime neuer ArbeiterInnen-Medien gelegt worden sein.

20 TURBULENTE JAHRE

Im Laufe der letzten 20 Jahre hat die Zeitung Vorwärts keine lineare

Entwicklung vollzogen. Die Häufigkeit des Erscheinens und die Qualität der einzelnen Nummern waren natürlich geprägt vom Rhythmus der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, aber auch vom Stand unserer eigenen Kräfte. In der letzten Zeit waren wir besonders bemüht, jüngere Mitglieder unserer Partei zu Wort kommen zu lassen. Auch in dieser Nummer ist das z.B. mit den Artikeln von Jakob Unterwurzacher (Brasilien) und Margarita Döller (Arbeitsplätze statt Ausländerhetze) geglückt. Nicht nur diese GenossInnen garantieren dafür, dass unsere Geschichte noch lange nicht zu Ende ist. Auch Sie als neue/r Abonnent/in?

ABONNEMENT BESTELLEN!

Ein Abonnement für 10 Ausgaben des Vorwärts kostet EUR 18,00 (Sozialpreis für Menschen mit keinem oder geringem Einkommen EUR10,00). Das Abonnement läuft automatisch aus. Eine Verlängerung ist natürlich willkommen. Bestellungen unter Tel. 01/524 63 10.

Neue Broschüre der SLP im Jänner 2004!

Linker Antisemitismus?

Der entschlossene Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus hat angesichts der Zunahme von Anschlägen und Skandalen (Synagogen in Istanbul, jüdische Schule in Frankreich, Hohmann-Affäre in Deutschland) an Dringlichkeit gewonnen.

Antisemitische Attacken haben, egal wer sie ausführt, nichts mit einer 'legitimen Antwort' auf Sharons Krieg gegen die PalästinenserInnen zu tun. Rassistischer Terror, ob er sich gegen JüdInnen oder Menschen mit muslimischem Hintergrund richtet, muss energisch von der gesamten ArbeiterInnenbewegung und Linken bekämpft werden. In Diskussionen zu Nahost-Krise und Antisemitismus dominieren leider viel zu oft Vorurteile, Unklarheiten und Rassismus. Innerhalb der antifaschistischen Bewegung in Österreich hat es in letzter Zeit eine Zunahme von Vorwürfen bezüglich 'linken Antisemitismus' gegeben. Wir nehmen diese Vorwürfe sehr ernst und haben uns entschlossen, der Behandlung dieser komplexen Fragen entsprechenden Raum zu widmen. Im ersten Teil der Broschüre beschäftigen wir uns mit der Geschichte

des Antisemitismus, des Nahost-Konflikts und den Positionen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung damals wie heute. Der zweite Teil widmet sich einer Analyse der aktuellen Weltanschauungen diverser Strömungen. Der dritte Teil handelt von den Fragen konkreter Bündnispolitik, vom Umgang mit Differenzen innerhalb der antifaschistischen und Anti-Kriegs-Bewegung. Wir hoffen, damit die Standpunkte unserer internationalen Bewegung und im speziellen unserer israelischen Schwesterorganisation 'Maavak Sozialisti' vermitteln zu können. Die Broschüre unter dem Arbeitstitel "Antisemitismus & die Linke" kann bereits unter Tel. 01/524 63 10 bestellt werden. Erscheinungsdatum: Ende Jänner 2004. Preis und Umfang sind noch nicht festgelegt.

kalender+veranstaltungskalender+veran

Die SLP im Dezember & Jänner*:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ unten entnehmen.

Mittwoch, 17. Dezember, ab 19.30 Uhr

Wie gegen Rassismus kämpfen?

mit einer Vertreterin von ZARA (Zivilcourage & Anti-Rassismus)
SLP-Ortsgruppe Wien-West

Donnerstag, 18. Dezember, ab 19.30 Uhr

Bolivien - Massenproteste stürzen Regierung

mit Robert Lessmann, Autor und Lateinamerika-Experte
SLP-Ortsgruppe Wien-Margareten

Freitag, 19. Dezember, ab 19.00 Uhr

Patente - Das große Sterben für den Profit

Interessiert einE AIDS-KrankeR in Afrika die Pharmaindustrie?
SLP-Ortsgruppe Wien-Nord

TIPP: Kubanische Weihnachten, 26. Dezember, 20.00 Uhr,

Die SLP-Ortsgruppe Wien-Margareten feiert anders

Nähere Informationen unter Tel. 01/524 63 10

Mittwoch, 21. Jänner, ab 19.00 Uhr

Internationale Krise in der Flug- und Tourismusbranche

Auswirkungen auf Beschäftigte und KonsumentInnen
mit Beschäftigten der Austrian Airlines Group
SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-WEST

Jeden Mittwoch um 19.30 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-MARGARETEN

Jd. Donnerstag 19.30 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-MITTE

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-NORD:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-LINZ:

Jeden Samstag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (Hauptplatz)

SLP-SALZBURG

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN (WIEN):

Treffen und Themen bitte erfragen: slp@slp.at oder (01) 524 63 10

Die SWI-Treffpunkte:

SWI IN WIEN

Jeden Montag um 18.00 Uhr, Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

SWI IN SALZBURG

jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

* weitere Treffen bitte erfragen



Führende SozialistInnen empfehlen:

„Das musst Du gelesen haben!“

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, DIN A5
EUR 3,00 inkl. Versand

Analyse der kapitalistischen Gesellschaft

Sozialistische Alternative
Wie kann sie aussehen, wie kann sie erreicht werden?

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto
PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!



VORWÄRTS ist die Zeitung für
Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für
ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld,
aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:
Tel.: 01/524 63 10

IRLAND - KAMPF GEGEN MÜLLGEBÜHREN GEHT WEITER
Dass Massenaktionen eine Regierung gehörig unter Druck setzen können zeigt der aktuelle Kampf der irischen ArbeiterInnenklasse gegen die unsoziale Müllsteuer. Eine zentrale Rolle in diesem Kampf spielt die Socialist Party (CWI in Irland). Nach massenhaften Zahlungsverweigerungen, Protesten und Blockaden unter dem Motto "Allen oder keinen Müll, weg mit den Müllgebühren" in Dublin kam es zur Verhaftung von AktivistInnen. Darunter befanden sich neben zahlreichen AnrainerInnen auch Socialist Party Parlamentsabgeordneter Joe Higgins und Gemeinderätin Clare Daly - die noch mehreren

Neues aus dem CWI
www.worldsocialist-cwi.org

Tagen Haft wieder frei sind und der irischen Regierung Dampf machen. Inzwischen kam es zu Solidarisierung durch Belegschaften der Müllabfuhr, zeitweise wurde die Müllabfuhr in Dublin bis zu 90 Prozent lahmgelegt. Im letzten Monat wurden weitere AktivistInnen und AnrainerInnen verhaftet.

NORDIRLAND - WAHLERFOLG DER SOCIALIST PARTY

Unter den schwierigen Bedingungen einer extrem polarisierten Situation, konnten die Kandidaten der Socialist Party, CWI in Nordirland einen bedeutsamen Erfolg bei den Wahlen erreichen. Jim Barbour und Tommy Black erreichten in Süd Belfast und Ost Belfast jeweils 0,6 Prozent, und das obwohl die Wahlen von Gewinnen für die nationalistischen Kräfte Sinn Fein und Democratic Unionist Party geprägt waren. Die Info-Tische und Wahlkundgebungen der Socialist Party trafen auf reges Interesse. Sie war die einzige Kraft die ArbeitnehmerInnen ein Klassenalternative anbieten konnte und mit einem sozialistischen Programm antrat.

BELGISCHE KONFERENZ

Mit 134 Delegierten aus 17 Ortgruppen, hielt unsere belgische Schwesterpartei LSP/MAS im November die größte Konferenz in ihrer Geschichte ab. Auch die Teilnahme von 30 GenossInnen aus der französischsprachigen Wallonie, reflektiert unsere landesweite Verankerung in Belgien. Bereits vor der Konferenz wurde ein ausführliches inhaltliches Dokument breit diskutiert. Ebenso konnten die GenossInnen die erfolgreiche Straffung ihrer inneren Strukturen bilanzieren. Gewerkschafts- und Jugendarbeit bilden auch künftig Schwerpunkte der Partei - zusätzlich werden wir bei mehreren Wahlgängen im kommenden Jahr antreten.

Die brasilianische Regierung unter Lula - Fazit für SozialistInnen

Vom Börsenschreck zum Liebling der Börsen

"Lula - der erste Präsident derer, die niemals an der Macht waren" lautete es auf einem Transparent, das am Tag nach der Wahl im Oktober 2002 berühmt wurde. In euphorischem Jubel wurde Lula als Speerspitze des linken Umschwungs, als erster wirklicher Vertreter des brasilianischen Volkes auf der gesamten Welt gefeiert. Heute weiß man: Die Erwartungen der ArbeiterInnenschaft, der Armen, Erwerbs- und Landlosen in Lula sollten der Realität nicht standhalten.

VON JAKOB UNTERWUZACHER, SLP WIEN-NORD

Lula entstammt kärglichen Verhältnissen, war Gewerkschaftsführer und später herausragender Repräsentant der "Arbeiterpartei" (PT). Konservative - Blätter wie die FAZ - sahen in ihm einen "Börsenschreck", der für "die Finanzmärkte den schlimmsten aller denkbaren Fälle darstellt" (8.10.02). Umgekehrt erblickten viele Linke, Globalisierungskritiker und Grüne in ihm einen langersehten Hoffnungsträger. Lula versprach, Hunger und Armut zu bekämpfen und insgesamt für eine gerechtere Verteilung des Reichtums im Land zu sorgen, angesichts von 44 Millionen Men-

schen, die unter extremer Armut leiden, dringend notwendig ist. Landlose Familien sollten Land erhalten, sanitäre Versorgung im ganzen Land sichergestellt werden, etc. Doch schon bei der Regierungsbildung wurden bürgerliche und sogar rechtsgerichtete Parteien integriert. Nun kürte die Frankfurter Allgemeine unlängst Lula zum "neuen Liebling der Börsen". Umgekehrt sinkt Lulas Ansehen stetig: Nur mehr 50% der ehemaligen Wähler würden ihm nochmals wählen.

PT-REGIERUNG IN AKTION

Nach 11 Monaten im Amt ziehen hohe Zinsen Spekulanten an, während die Reallöhne sinken. Die Wirtschaft soll um weniger

als 1% wachsen, die Arbeitslosigkeit ist schon um über 800 000 auf 13% gestiegen. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, über 50% der Arbeitenden sind nicht registriert und haben keinerlei Rechte, 15% mehr als am Anfang des Jahres. Selbst ein Hauptpunkt des Wahlkampfes, das Anti-Hunger-Programm, kann nur minimale Erfolge verbuchen. Die Pensionsreform, die trotz breiter Streiks durch das Parlament gepeitscht wurde, verschlechtert zwar die Situation für Angestellte, ermöglicht aber Pensionsfonds dicke Profite.

OHNMÄCHTIGKEIT EINES SCHULDNERLANDES

Brasilien ist abhängig von IWF-

Kredit. Der Währungsfonds bezahlt aber nur wenn seine Bedingungen - vor allem ein Budgetüberschuss von 3,75% pro Jahr - erfüllt werden. Zentraler Ansatzpunkt für Ausgabenkürzungen ist der öffentlichen Sektor. Unterschrieben wurden die IWF-Bedingungen von allen (!) zur Auswahl stehenden Kandidaten. Der neoliberale Kurs der Regierung war also schon vor dem Ausgang der Wahlen in Stein gemeißelt. Waldemar Rossi, ein Führer der sozialen Bewegung Regierung, der früher mit Lula Streiks organisierte, meinte dazu: "Man könnte ihn genau genommen nicht einmal sozialdemokratisch nennen, sondern eher als einen ideologisch fragilen Typen einstufen." In einem Land, das derartig von IWF und Weltbank abhängig ist, stellt sich die Frage nach einer Systemalternative noch unmittelbarer. Nur wenn man gegen das herrschende Sy-

stem steht, ist man nicht gezwungen, sich mit ihm zu arrangieren und sich somit in Ketten legen zu lassen. Die Geschwindigkeit mit der sich die PT selbst zu einem Instrument der herrschenden Klasse wandelt, ist erschreckend. Schon heute werden Kandidaten des linken Flügels der PT von der Parteispitze nicht zugelassen. Schon heute werden linke Abgeordnete der PT suspendiert oder (steht noch aus) ausgeschlossen. In der brasilianischen Linken und Teilen der PT wird über die Notwendigkeit einer neuen, linken, Partei debattiert. Unsere Schwesterorganisation in Brasilien (SR, Revolutionary Socialism) wirft die Frage einer solchen Partei mit Vehemenz auf und wird alles tun, ihr sozialistischen Charakter zu verleihen.

"Trotzkistische Hochzeit" in Frankreich

Hebt linkes Wahlbündnis ab?

Selbst der Tageszeitung 'Standard' war die "Trotzkistenhochzeit" ein Artikel wert: In Frankreich haben zwei große Gruppen der sogenannten "extremen Linken", LO und LCR, ein Wahlbündnis für die bevorstehenden EU-Wahlen geschlossen. Die LCR spricht sogar schon von einer neuen antikapitalistischen Partei. Es gibt Hoffnungen, dass dies der Startschuss für eine breite linke Alternative sein wird.

FRANZ BREIER JUN., SLP WIEN-MITTE

Im Frühjahr und Sommer des Jahres erlebte Frankreich Massenbewegungen gegen Pensionskürzungen und Bildungsklau der Regierung Raffarin. Trotz Großdemonstrationen und Streiks konnten die Angriffe nicht gestoppt werden. Es gab von vielen Menschen den Wunsch nach Generalstreik. Die Führer der wichtigsten Gewerkschaftsverbände (CGT und FO) wichen diesem Druck aus. FO-Chef Blondel argumentierte, man "dürfe" keinen Generalstreik machen, da es dazu eine politische Alternative brauche (die er nicht hat). Vor diesem Hintergrund ge-

winnen linke Organisationen wie LCR und LO an Sympathien. Viele ArbeiterInnen und Jugendliche sehen LO-LCR als Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit auszudrücken. Ein Denktzettel von links wird von ca. 20 % in Erwägung gezogen. Über 10 % könnten LO und LCR als relativ solides Potential für die kommenden Regionalwahlen auf sich vereinen.

WIE GEGEN DIE EXTREME RECHTE KÄMPFEN?

Die letzten Präsidentenwahlen haben die Gefahr der rechtsextremen 'Front National' (FN) klargestellt. Le Pens (FN) damaliger Erfolg fiel nicht vom Himmel: 1995 wurde die Regierung Juppé

nach einer dreiwöchigen Streikwelle des Öffentlichen Diensts in die Knie gezwungen. Die Rechte war in der Defensive. In Folge kam 1997 eine sogenannte "pluralistische Links"-Regierung um die PS ('Parti Socialiste'), KP und Grünen an die Macht. Diese setzten den neoliberalen Kurs unbeirrt fort, was unter großen Teilen der Bevölkerung zur Ablehnung von PS und KP führte. Die Folge waren historische Niederlagen für die PS und vor allem die KP. In der ersten Runde war der Rechtsextreme Le Pen aufgrund der enormen Verluste der PS schließlich sogar zum direkten Gegenkandidat Chiracs aufgestiegen. Ein Ruck ging durch das Land: Le Pen hätte damals durch die Massenbewegungen auf den Strassen ein für alle mal gestoppt werden können. LCR und LO ließen damals - noch dazu nach einem historischen Wahlerfolg ihrer beiden Kandidaten - die Chance für den Aufbau einer neuen Massen-

kraft verstreichen. Die LCR rief sogar zur Wahl Chiracs auf. Eine Aktivistin von 'Gauche Révolutionnaire' (CWI in Frankreich) dazu: "Das Dramatische ist, dass LO und LCR so viel Einfluss bei der Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei hätten haben können. Sie hätten jene organisiert, die sich wehren wollten gegen Le Pen und die Politik der PS-Koalition, die großteils für Le Pens Erfolg verantwortlich war."

PERSPEKTIVEN FÜR EINE NEUE PARTEI

Noch existiert keine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche in Frankreich. Es ist völlig offen, wie weit und in welche Richtung der momentane Prozess vorangetrieben wird. Eine neue ArbeiterInnenpartei müsste neben Antikapitalismus in der Theorie die Frage nach einer konkreten Alternative zur Regierung stellen. Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie eine solche neue Kraft

aussehen könnte. Eine der wichtigsten Fragen wird sein, ob innerhalb einer breiten Partei eine starke sozialistische Strömung für Sinn und Notwendigkeit einer solchen Position eintreten wird. Ein führendes Mitglied der LCR hat kürzlich in einem Interview gemeint, dass der Gegner der LCR die Regierung sei und nicht die PS. Nun ist die PS zwar derzeit nicht in der Regierung, aber ebenso pro-kapitalistisch. Das eigentliche Problem ist der Kapitalismus, in dessen Interesse die Regierung und die parlamentarische Opposition Politik macht. Es ist möglich, dass rund um das Wahlbündnis LO-LCR unter vielen Menschen und speziell Jugendlichen AktivistInnen der Sozial- und Antikriegs-Bewegungen Begeisterung entstehen kann. Um all diese Menschen auf die kommenden und unausweichlichen Auseinandersetzungen vorzubereiten, sind klare Alternativen nötig.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

Arbeitsplätze statt Ausländerhetze!

In den letzten Monaten nehmen vor allem in den Randbezirken Wiens, aber auch in den Bundesländern die Angriffe und Übergriffe von Nazis zu. ImmigrantInnen und "linke" Jugendliche sind das Ziel ihrer verbalen und auch physischen Attacken. Ebenso ist eine dramatische Zunahme von antisemitischen Attacken festzustellen. Rassismus und Antisemitismus haben die Funktion Jugendliche gegen einander auszuspielen, uns zu spalten und so einen gemeinsamen Kampf um unsere Rechte unmöglich zu machen. Wir machen da nicht mit und sagen Rassismus, Antisemitismus und Kapitalismus den Kampf an!

VON MARGARITA DÖLLER, SWI

Seit Jahren steigt die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen dramatisch an: Offiziell sind inzwischen fast 40.000 junge Menschen ohne Job - mehr als 7,5 Prozent aller unter 25jährigen. Ähnlich sieht die Lage auch bei den Jugendlichen aus, die auf eine Lehrstelle suchen. 6 000 junge Menschen warten zur Zeit auf einen entsprechenden Ausbildungsplatz: Das ist ein Viertel mehr als im Vorjahr! Doch selbst wenn man nach langen Mühen eine Lehre erfolgreich beendet hat, ist das trotzdem noch keine Garantie für einen Job. 2002 gab es 68 000 LehrabsolventInnen, die auf Arbeitssuche waren.

TEURES LEBEN

SCHLECHTERE PERSPEKTIVEN

Laut einer Studie der Arbeiterkammer gehören Jugendliche zu den Gruppen die am stärksten von Verschuldung und Armut gefährdet sind. Grundsätzlich nimmt auch die Möglichkeit der finanziellen Unabhängigkeit von den Eltern, bei fast allen Jugendlichen dramatisch ab. Auch Studieren ist teuer geworden: In

vielen Bereichen sinkt die Anzahl der Erstsemestrigen. Außerdem sind auch das Weggehen am Abend und die Freizeitangebote für Jugendliche in den letzten Jahren fast unerschwinglich geworden. Konzertkarten kosten heute schon bis zu 150 Euro das Stück! Verantwortlich dafür ist die Unternehmenseite, die zu einem Sparpaket nach dem anderen aufruft und alle (!) Regierungen der letzten Jahre, die diese Politik bereitwillig umgesetzt haben.

ANTWORTEN VON RECHTS

Rechtsextreme und faschistische Gruppierungen bieten als "Lösung" den Rassismus an. Sie versuchen den Jugendlichen klar zu machen, dass nur die AusländerInnen Schuld an ihrer Misere seien. Doch nicht nur ImmigrantInnen, sondern alle die angeblich "anderes" sind, gehören zu den Zielen dieser Leute: Schwule und Lesben, ebenso wie ethnische und religiöse Minderheiten. Nicht zu übersehen ist dabei, dass sich braune Schläger besonders stark fühlen können, wenn z.B. Medien und Regierung gemeinsam gegen Asylbewerber hetzen. Auch politischen Strö-

mungen, die sich potentiell für Gleichberechtigung, Solidarität und Widerstand gegen Ausbeutung und Sozialabbau einsetzen, gehören zu den Feindbildern der Rechtsextremisten. Zurecht: Denn gewerkschaftlicher Kampf und sozialistische Alternativen können tatsächlich den Rechten den Boden für ihre Hetze entziehen.

KAMPF GEGEN RECHTS - JETZT!

Du wirst dir jetzt vielleicht denken, dass die Nazis jetzt eh nicht viele sind und auch kaum auffallen. Warum also schon jetzt demonstrieren? Fakt ist, dass nur WIR etwas gegen Nazis unternehmen können. Wir dürfen uns im Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus nicht auf die Polizei verlassen. Bereits am 13. April 2002 haben wir gesehen, wie die Wiener Polizei 50 Nazis durch die Kärntner Straße hat ziehen lassen, die dabei auch noch "Heil Hitler" geschrien haben. Warum also jetzt? Weil wir jedes Aufkommen von rechten Gruppen und Parteien im Keim ersticken müssen, denn noch sind wir mehr. Die soziale Lage wird sich in naher Zukunft nicht

verbessern, sondern eher noch verschlechtern, weil es keine linke Alternative zu den etablierten bürgerlichen Parteien gibt. Das heißt für uns, dass auch die Chancen der Rechtsextremisten steigen, ihre Propaganda zu verbreiten. Alternativen dazu aufzuzeigen ist ein Teil der Gegenstrategie. Doch gleichzeitig gilt: Die Straße gehört uns und mit ihr die Öffentlichkeit! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

ERSTE SCHRITTE:

1. UND 8. NOVEMBER

Die Kundgebung am Zentralfriedhof und die Demonstration in Floridsdorf haben gezeigt wie aktuell das Thema Nazis ist. Hunderte Jugendliche haben sich versammelt, um gemeinsam gegen sie aufzutreten und das mit Erfolg! Bei der Kundgebung vom 1.11. haben sich sehr viele linke Organisationen beteiligt. SLP und SWI haben dieses Bündnis initiiert um eine Verbreiterung einer Bewegung zu erreichen und somit die Chancen auf einen Erfolg zu vergrößern. Auch künftig wollen wir - ungeachtet politischer Unterschiede in anderen Fragen - möglichst breite Bündnisse gegen den Faschismus, Rassismus und Antisemitismus auf die Beine stellen. Oberste Maxime ist dabei die aktive Mobilisierung auf der Straße, sowie von Anrainerinnen und Anrainern. Das war vor allem auch unser Ziel

bei der Demo am 8.11. in Floridsdorf, die wir anlässlich der ständigen Naziübergriffe dort durchführten. Obwohl sich die vorort verankerte Sozialistische Jugend (SJ) nicht beteiligte, war die Demonstration mit 180 Personen ein Erfolg. Wir können das Argument der SJ - man solle hier gegen Nazis nicht demonstrieren, weil sie dadurch nur gestärkt würden - auch nicht nachvollziehen. Unsere Aufgabe als SozialistInnen ist es die Leute auf das Problem aufmerksam zu machen und gemeinsam mit den Betroffenen gegen Nazis zu kämpfen. Wie gesagt: Die Straßen gehören uns und nicht den Rechten!



fight racism! fight fascism!
Neue Broschüre von SWI
Preis: EUR 3,00 inkl. Versand
Bestellen: Tel. 01/524 63 10